

Germany-Halle (Saale): Bridge-design services

OJ S 211/2019 31/10/2019

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Hallesche Verkehrs-AG

Town: Halle (Saale)

NUTS code: DEE02 Halle (Saale), Kreisfreie Stadt

Country: Germany

Contact person: V//VS

E-mail: petra.honekamp@havag.com

Telephone: +49 345-5815115

Fax: +49 345-5815129

Internet address(es):

Main address: <http://www.havag.com>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=290870>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=290870>

I.4. Type of the contracting authority

Other type: Sektorenauftraggeber

I.5. Main activity

Other activity: Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Ersatzneubau Elisabethbrücke, Planungsleistungen, A 2019/02

Reference number: A 2019/02

II.1.2. Main CPV code

71322300 Bridge-design services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Gegenstand der Vergabe ist die Planung des Ersatzneubaus der Elisabethbrücke (Fluthilfemaßnahme) unter Berücksichtigung des Komplexvorhabens Mansfelder Straße West (Stadtbahnprogramm, Vorhaben 2.2) in Halle (Saale).

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEE02 Halle (Saale), Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: Halle (Saale)

II.2.4. Description of the procurement

Gegenstand der Vergabe ist die Planung des Ersatzneubaus der Elisabethbrücke (Fluthilfemaßnahme) unter Berücksichtigung des Komplexvorhabens Mansfelder Straße West (Stadtbahnprogramm, Vorhaben 2.2) in Halle (Saale).

Auftraggeberin/ Maßnahmeträgerin ist die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG), Baulastträgerin des Brückenbauwerks ist die Stadt Halle (Saale).

Zu bearbeiten sind die Leistungsphasen 1-3 §§ 26, 43 und die Leistungsphasen 2-3 § 51 (HOAI 2013) bzw. Lph 1-4 der Anlagen 1.3 und 1.4 HOAI 2013. Ebenso sind

Baugrunduntersuchungen in situ bzw. im Labor im notwendigen Umfang auszuführen. Als Option behält sich der Bauherr die stufenweise Beauftragung bis zur Lph 4 (§ 26 HOAI 2013), 7 (§ 43 HOAI 2013) bzw. Lph 6 (§ 51 HOAI 2013) vor. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung der optionalen Leistungen besteht nicht.

Das Brückenbauwerk überführt die Mansfelder Straße über die Elisabethsaale. Das Brückenbauwerk wird genutzt von Straßenbahnen und (Nacht-)Buslinien der HAVAG, motorisiertem Anliegerverkehr, Radfahrern und Fußgängern. Die Funktionen sollen beim Ersatzneubau erhalten bleiben, wobei Varianten des Straßenquerschnitts im Zuge der Planung zu untersuchen sind. Der Ersatzneubau ist nach Stand der Technik zu planen. Im Zuge des Stadtbahnprogramms Halle laufen derzeit Planungen für das Vorhaben 2.2 Mansfelder Straße West. Dieses Vorhaben umfasst den Gleisabschnitt zwischen Herrenstraße im Osten und Rennbahnkreuz im Westen. Gegenstand der Planung sind die Gleisanlagen nebst technischer Ausrüstung, Verkehrsanlagen der Stadt Halle (Saale) sowie der Leitungsbau. Die Planung des Ersatzneubaus der Elisabethbrücke ist mit den Planungen der Verkehrsanlage zu koordinieren.

Die Mansfelder Straße, in deren Verlauf die zu erneuernde Elisabethbrücke liegt, ist eine stark befahrene, bedeutende Verbindung für die Straßenbahn in Richtung Halle Neustadt und Halle Stadtzentrum. Daher sind betriebliche Einschränkungen bzw. Sperrungen aus dem Ersatzneubau der Brücke zu minimieren. Bereits in der Lph 2 sind für alle Varianten auch Bauphasen und betriebliche Zwischenzustände zu untersuchen und gegeneinander abzuwägen.

Das Brückenbauwerk liegt im Landschaftsschutzgebiet „Saaleaue“. Zudem liegt es im Überschwemmungsgebiet der Saale. Die hieraus entstehenden besonderen Anforderungen bei Planung und Bau des Brückenbauwerks sind zu beachten. Abstimmungen mit den zuständigen Fachämtern der Stadt Halle (Saale) und des Landes Sachsen-Anhalt sowie weiterer TÖBs sind planungsbegleitend zu führen. Die Unterlagen zur allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls auf UVP-Pflicht gemäß UVPG (Bund) sind im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde zusammenzustellen.

Grundlage für den Leistungsumfang der Planung und optionaler Leistungen ist die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), Stand 2013. Der Planungsauftrag beinhaltet:

- § 26 LBP Lph 1-3, optional Lph 4,
- § 43 Ingenieurbauwerke Lph 1-3, optional Lph 4-7 (einzeln),
- § 51 Tragwerksplanung Lph 2-3, optional Lph 4-6 (einzeln),
- Anlage 1.3 Geotechnik Lph 1-4,
- Anlage 1.4 Vermessung Lph 1-4,
- Baugrunduntersuchung in situ/ Labor.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 35

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Maximum number: 5 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Die Bewerber/ Bewerbergemeinschaften mit der höchsten Punktzahl entsprechend der Auswertung der in der Bewertungsmatrix Teilnahmeanträge (Inhalt der Teilnahmeunterlagen) dargestellten Kriterien (beste Eignung) werden zur Angebotsabgabe aufgefordert.

Prüfung der Teilnahmeanträge:

a) Die Auftraggeberin wird die fristgerecht eingehenden Teilnahmeanträge zunächst hinsichtlich der Mindest-/ Ausschlusskriterien prüfen. Diese sind:

aa) ausgefüllter und rechtsverbindlich unterschriebener Bewerberbogen (im Weiteren Bewerberbogen= BB)

bb) Vorliegen von zwingenden Ausschlussgründen (§ 123 GWB)

b) Im Anschluss erfolgt die formale Prüfung auf Vollständigkeit anhand der mit dieser Bekanntmachung (siehe Ziffer III.) bzw. den Teilnahmeunterlagen geforderten Unterlagen. Die Auftraggeberin behält sich die Nachforderung von Unterlagen vor.

c) Bewertung der Teilnahmeanträge:

Die Auftraggeberin wird bei einer größeren Anzahl grundsätzlich geeigneter Bewerber den Kreis der zur Angebotsabgabe einzuladenden Bewerber auf höchstens 5 beschränken. Sollte die Durchführung des Teilnahmewettbewerbs ergeben, dass mehr Bewerber grundsätzlich die vorliegend geforderten

Eignungsvoraussetzungen erfüllen, als zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden sollen, so wird die Auftraggeberin die zur Abgabe eines Angebots einzuladenden Bewerber danach auswählen, welche die maßgeblichen Eignungsvoraussetzungen am besten erfüllen.

Um dies zu ermitteln, wird die Auftraggeberin die in dieser Bekanntmachung benannten Eignungsvoraussetzungen bewerten und gewichten. Hierzu wird der Auftraggeber eine Bewertungsmatrix verwenden, bei der die Bewerber maximal 110 Punkte erreichen können.

Von diesen 110 Punkten entfallen:

- Kriterium 1 Bonität, Umsatz: maximal 14 Punkte,
- Kriterium 2 Qualität, Anzahl der Mitarbeiter, Personalqualifikation: maximal 57 Punkte,
- Kriterium 3 Referenzen: maximal 39 Punkte.

Die konkrete Bewertungsmatrix der Stufe 1 des Verhandlungsverfahrens ist in den Teilnahmeunterlagen enthalten.

Die Bewertungsmatrix der Stufe 2 ist den Vergabeunterlagen beigelegt.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

- § 26 LBP Lph 4,
- § 43 Ingenieurbauwerke Lph 4-7 (jeweils einzeln),
- § 51 Tragwerksplanung Lph 4-6 (jeweils einzeln).

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

- a) Siehe auch III.2.1) der Bekanntmachung;
- b) Aktueller Auszug aus dem Handelsregister oder eine gleichwertige Urkunde oder Bescheinigung einer zuständigen Verwaltungsbehörde oder eines Gerichts des Herkunftslandes des Bewerbers, soweit aufgrund der Unternehmensform des Bewerbers eine Eintragung vorgesehen ist (nicht älter als 6 Monate, maßgeblich ist der vorliegend benannte Termin für die Einreichung der Teilnahmeanträge), Kopie ausreichend; bei Bewerbergemeinschaft für jeden Bewerber gesondert vorzulegen (Anlage 2 BB).

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

- a) Berufshaftpflichtversicherung, Mindestdeckungssumme über je mindestens 2 000 000 EUR für Personenschäden und für Sach- und Vermögensschäden bei einem in der EU zugelassenen Versicherungsunternehmen jeweils zweifach maximiert im Versicherungsjahr für die gesamte Vertragsdauer. Erklärung zur Erhöhung bei Bedarf im Auftragsfall ist ausreichend. Bei Bewerbergemeinschaften ist die Deckungssumme von allen Mitgliedern (ggf. objektkonkret) vorzuweisen (Anlage 5 BB);
- b) aktuelle Bankauskunft (Bonitätsnachweis) nicht älter als 2 Monate, maßgeblich ist der vorliegend benannte Termin für die Einreichung der Teilnahmeanträge, bei Bewerbergemeinschaft für jeden Bewerber gesondert vorzulegen (Anlage 12 BB);
- c) Angabe des Nettogesamtumsatzes des Unternehmens des Bewerbers in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren bezogen auf Planungsleistungen für Brückenbauwerke (Anlage 13 BB). Bei Bewerbergemeinschaften ist die Ziffer 2 der Anlage 13 auszufüllen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Objektive Teilnahmeregel und -kriterien sind:

- a) Bestätigung des Nichtvorliegens zwingender u. fakultativer Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 3 BB), bei Bewerbergemeinschaft für jeden Bewerber gesondert vorzulegen;
- b) Eigenerklärung Mindestlohn (Anlage 4 BB), bei Bewerbergemeinschaft für jeden Bewerber gesondert vorzulegen;
- c) Gewerbezentralregisterauszug (Anlage 6 BB), bei Bewerbergemeinschaft für jeden Bewerber gesondert vorzulegen;
- d) Unbedenklichkeitsbescheinigung Finanzamt (Anlage 7 BB), bei Bewerbergemeinschaft für jeden Bewerber gesondert vorzulegen;
- e) Unbedenklichkeitsbescheinigung Sozialkasse (Anlage 8 BB), bei Bewerbergemeinschaft für jeden Bewerber gesondert vorzulegen;
- f) Darstellung der Geschäftsbereiche des Bewerbers samt Vorlage eines Organigramms (Gliederungsplans) des Unternehmens, insbesondere für die Zuständigkeiten, in die die hier ausgeschriebenen Leistungen fallen (Anlage 9a BB), bei Bewerbergemeinschaft für jeden Bewerber gesondert vorzulegen;
- g) Darstellung Gesellschafts- u. Konzernstruktur wodurch nachgewiesen wird (z. B. durch Vorlage Organigramm mit vorhandenen gesellschafts-/ konzernrechtl. Verflechtungen sowie Benennung der Mitglieder der jeweiligen Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane), dass von keiner gesellschafts/ konzernrechtl. o. personellen Verflechtung mit anderen Architektur-/ Ingenieurbüros o. mit Bau- oder Lieferfirmen auszugehen ist, welche geeignet ist, im Auftragsfall bei der AG'in die Besorgnis eines gegenwärtigen o. künftigen Interessenkonflikts auszulösen (Anlage 9b BB), bei Bewerbergemeinschaft für jeden Bewerber gesondert vorzulegen;
- h) Soweit vorhanden, Nachweis dafür, dass das Unternehmen entsprechend Qualitätssicherungsnormen gem. den europäischen Normen (DIN EN ISO 9001) in Bezug auf Planungsleistungen zertifiziert ist. Die Auftraggeberin erkennt gleichwertige Bescheinigungen von Stellen aus anderen Mitgliedstaaten und andere Nachweise für gleichwertige Qualitätssicherungsmaßnahmen von den Unternehmen an (Anlage 14 BB), bei Bewerbergemeinschaft für jeden Bewerber gesondert vorzulegen;
- i) Eigenerklärung mit Angaben zur Anzahl der in den letzten 2 Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräften, gegliedert nach Mitarbeiter mit beruflicher Qualifikation Dipl.- Ing./ Master und Anzahl Mitarbeiter gesamt (Anlage 15 BB). Soweit die Leistung durch eine Niederlassung erbracht werden soll, wird die Angabe über die Anzahl der dort jahresdurchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter gefordert. Bei Bewerbergemeinschaft ist die Anlage für jeden Bewerber gesondert vorzulegen und die Angaben der Anlagen 15 in der Anlage 15a zusammengefügt darzustellen.
- j) Angaben zu Mitarbeiter (verantwortlicher Projektbearbeiter) mit den nach Anlage 16 BB geforderten Informationen (Angaben zur Person, Berufserfahrung als Ingenieur für Brückenplanung, Angabe Erfahrung mit Planung von Brückenbauprojekten, Angabe zu erbrachten Planungsphasen nach HOAI etc.) einschließlich Urkunde bzw. Nachweis des Berufsabschlusses.
- k) Angaben zu Mitarbeiter (stellvertretender verantwortlicher Projektbearbeiter) mit den nach Anlage 16a BB geforderten Informationen (Angaben zur Person, Berufserfahrung als Ingenieur für Brückenplanung, Angabe Erfahrung mit Planung von Brückenbauprojekten, Angabe zu erbrachten Planungsphasen nach HOAI) einschließlich Urkunde bzw. Nachweis des Berufsabschlusses.
- l) Eigenerklärung über vergleichbare Referenzprojekte im Bereich Planung in den letzten 5 abgeschlossenen Geschäftsjahren einschließlich kurzer Projektbeschreibung unter Angabe der in Anlage 17a – 17c BB aufgeführten Punkte.

Es sind insgesamt nur 3 Referenzobjekte anzugeben. Es werden nur 3 Referenzobjekte gewertet. Dies gilt sowohl für Bewerber und Bewerbergemeinschaften. Für die geforderten Referenzangaben sind die Anlagen 17a – 17c des Bewerbungsbogens zu verwenden und unter Beachtung der Maßgaben auszufüllen. Darüber hinausgehende zusätzliche Referenzobjekte werden nicht gewertet.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular profession Reference to the relevant law, regulation or administrative provision:

- Zugelassen sind Bewerber, die nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ zu tragen und nach der EG-Richtlinie über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome (EG-Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36 /EG) in der Bundesrepublik Deutschland als „Ingenieur“ tätig werden dürfen,
- Bei juristischen Personen muss mindestens einer der Gesellschafter, der verantwortliche Projektbearbeiter und der stellvertretende verantwortliche Projektleiter die an natürliche Personen gestellten Anforderungen erfüllen,
- Für Bewerbergemeinschaften gilt dieses analog,
- Als Nachweis dient die Kopie entsprechender Urkunden.

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.4. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 29/11/2019 Local time: 11:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 31/03/2020

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

- a) Angaben zu Bedingungen: Basis ist das BGB und die HOAI in der geltenden Fassung,
- b) Angaben zu Rechtsformen von Bewerbern: gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigt. Vertreter, Bietergemeinschaften müssen Teilnahmeantrag als Bewerbergem. einreichen, unter Angabe der Rechtsform, zum Nachweis muss ausdrückl. schriftl. Erklärung im Original mit Teilnahmeantrag eingereicht werden mit Benennung Mitglieder und Mitglied zur rechtsverbindlichen Vertretung der Gemeinschaft. Die Gemeinschaftserklärung muss von sämtl. ihrer Mitglieder rechtsverb. im Original unterzeichnet werden und im Original vorliegen (Anlage1 BB)
- c) sonstige Angaben:
 - aa) Der kostenlose frei zugängliche Download der Unterlagen ist zur ersten Ansicht;
 - bb) Unter Verweis auf § 10 VgV weist die Auftraggeberin explizit darauf hin, dass die Einreichung des Teilnahmeantrags und soweit ein Bewerber im Laufe des Verfahrens zur Angebotsabgabe aufgefordert wird, ausschließlich über das Portal evergabe-online.de zu erfolgen hat. Teilnahmeanträge bzw. Angebote in Papier (per Post), per E-Mail, per FAX sind nicht zulässig und können nicht berücksichtigt werden;
 - cc) Noch nicht bei www.evergabe-online.de registrierte Teilnehmer haben eigenverantwortlich während des Verfahrens dafür Sorge zu tragen, dass sie sich über etwaige Änderungen der Unterlagen bzw. sonstige Informationen über das Portal informieren;
 - dd) Anfragen sind möglichst über das Portal: evergabe-online.de an die Auftraggeberin zu richten. Im Übrigen wird auf die E-Mail Adresse unter I.1) der Bekanntmachung verwiesen. Es erfolgt keine mündliche Beantwortung von Fragen;
 - ee) Die von der Auftraggeberin ausgereichten Unterlagen sind zu verwenden und an jeweils vorgesehener Stelle rechtsverbindlich zu unterschreiben;
 - ff) Unterlagen sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache einzureichen; bei fremdsprachigen Dokumenten in deutscher Übersetzung;
 - gg) Die mit gegenständlicher Veröffentlichung abrufbaren Vergabeunterlagen werden zum Zeitpunkt der Aufforderung zur Angebotsabgabe eventuell noch weiter konkretisiert. Die mit Bekanntmachung veröffentlichten Vergabeunterlagen sind als Grundlage zu sehen, interessierten Unternehmen eine Entscheidung über die Teilnahme zu ermöglichen (siehe auf Erfordernis nach Begründung zu § 41 Abs.1 VgV);
 - hh) Der BB und soweit vorgesehen die entsprechenden Anlagen zum BB müssen vollständig ausgefüllt und von einem Büroinhaber, einem Geschäftsführer und/ oder dem/ den bevollmächtigten Vertreter(n) rechtsverbindlich unterschrieben sein;
 - ii) Jeder Bewerber darf sich nur einmal bewerben, dass gilt auch für Bewerbungen von Bewerbergemeinschaften sowie für Niederlassungen des Bewerbers, auch wenn sie wirtschaftlich unabhängig sind;
 - jj) Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist der BB für das sich bewerbende Team als Ganzes vorzulegen, es ist nur ein BB auszufüllen;

kk) Bei Bewerbergemeinschaften ist darzustellen, wie die Aufteilung der Leistungsbereiche bzw. Aufgaben auf die einzelnen Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Auftragsfall vorgesehen ist (Anlage1 BB);

ll) Kosten für die Erstellung der Unterlagen werden nicht erstattet;

mm) Beabsichtigt der Bewerber (Einzelbewerber oder Bewerbergemeinschaft) im Auftragsfall die Hinzuziehung von Nachunternehmern (NU) und/ oder möchte sich der Bewerber zum Nachweis der eigenen Leistungsfähigkeit auf die Leistungsfähigkeit von NU berufen, so hat er bereits in seinem Teilnahmeantrag anzugeben, welche Leistungsbereiche von diesen NU übernommen werden sollen; ferner sind die vorgesehenen NU zu benennen.

Des Weiteren wird die rechtsverbindliche Erklärung der benannten NU über deren Zusicherung, im Falle der Beauftragung des Bewerbers die erklärten NU-leistungen zu erbringen gefordert (Anlagen 10, 11 BB). Für NU ist die Leistungsfähigkeit geeignet nachzuweisen;

nn) Die Auftraggeberin behält sich im Rahmen der Angebotsphase vor, mehrere Verhandlungsrunden durchzuführen. Des Weiteren wird die Reduktion der Anzahl der Bieter während dieser Phase vorbehalten.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer beim Landesverwaltungsamt

Town: Halle

Postal code: 06112

Country: Germany

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Hinweis auf § 160 GWB

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung Erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.5. Date of dispatch of this notice

29/10/2019